

SWR2 Wissen

Nord Stream 2 – Der Streit um Gas aus Russland

Von Dirk Asendorpf

Sendung vom: Dienstag, 31. August 2021, 8.30 Uhr

Redaktion: Gábor Pál

Regie: Dirk Asendorpf

Produktion: SWR 2021

Auch ohne die Gaspipeline hätte Europa genug Erdgas. Doch bei Nordstream 2 geht es aber längst nicht nur um Energiesicherheit.

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

SWR2 können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören.

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendungen stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...

Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

MANUSKRIPT

O-Ton Gerhard Schröder:

Nordstream 1 und 2 unterstreichen die Versorgungssicherheit Deutschlands und Westeuropas ausdrücklich.

O-Ton Claudia Kemfert:

Wir brauchen Nord Stream 2 aus energiewirtschaftlicher Sicht nicht. Besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

O-Ton Tina Hassel/Olaf Scholz/Annalena Baerbock, Armin Laschet:

Tina Hassel: Wird bis 2025 Nord Stream 2 abgebrochen?

Olaf Scholz: Nein.

Annalena Baerbock: Ja.

Armin Laschet: Kommt darauf an, wie die Entwicklung ist. Prinzipiell nein.

Ansage:

Nordstream 2 – Der Streit um Gas aus Russland. Von Dirk Asendorpf.

Sprecher:

Ja, nein, vielleicht – vordergründig geht es nur um zwei neue Stahlröhren auf dem Grund der Ostsee, doch im Hintergrund spielen viele große Fragen eine Rolle – wirtschaftliche, umweltpolitische und geostrategische: Wie viel Erdgas braucht Europa noch angesichts der Energiewende? Wie umweltschädlich ist russisches im Vergleich zu US-amerikanischem Importgas? Wird Russland die neue Pipeline nutzen, um die Ukraine als Gas-Transitland auszubooten und damit in den Staatsbankrott zu führen? Oder würde Russland umgekehrt in ein Bündnis mit China gedrängt, wenn Europa weniger Gas aus Sibirien importiert?

Musik:

Russisches Lied von 1971: „Ewige Flamme“

Sprecher:

Schon seit 1973 bezieht Deutschland Erdgas aus Russland, inzwischen deckt es die Hälfte unseres Bedarfs. Mit der neuen Ostseepipeline Nord Stream 2 könnte sich dieser Anteil sogar noch erhöhen. Denn die Niederlande, nach Norwegen Deutschlands Erdgaslieferant Nummer drei, beenden die Förderung. Und Deutschlands Eigenversorgung sinkt seit Jahren, inzwischen decken die letzten Gasfelder, die fast ausschließlich in Niedersachsen liegen, nur noch fünf Prozent des Bedarfs. Und dieser Bedarf ist seit 2014 mit Ausnahme des Corona-Jahres 2020 sogar leicht gestiegen. Dabei wäre zur Einhaltung der Pariser Klimaziele eigentlich das Gegenteil nötig: Deutschland sollte weniger statt mehr Gas verbrennen.

O-Ton Kirsten Westphal:

Wir haben da wirklich eine Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Sprecher:

Sagt Kirsten Westphal von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Die Politologin leitet dort das Projekt Geopolitik der Energietransformation und sie ist Mitglied des Nationalen Wasserstoffrats. Auch wenn sie sich klimapolitisch etwas anderes wünschen würde, rechnet sie für die nächsten zehn Jahre nicht damit, dass der deutsche Erdgasverbrauch zurückgeht.

O-Ton Kirsten Westphal:

Weil wir eben aus Kohle aussteigen, weil wir aus Kernenergie aussteigen und weil auch sichtbar ist, dass wir für die Klimaziele – und um die schnell zu erreichen, darum geht's ja auch – eben schnell aus Kohle aussteigen müssen und dann erst einmal Gas nutzen. Und das sagt natürlich schon was über diese Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, aber eben auch die Realität im deutschen Markt. Und für die Industrie, da würde ich auf jeden Fall auf die Mittelsicht mehr Erdgasbedarf sehen.

Sprecher:

Claudia Kemfert widerspricht. Sie leitet die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung DIW. Deutschlands Erdgasverbrauch werde in den nächsten Jahren nicht wachsen oder stagnieren, sondern sinken. Das in der Politik häufig bemühte Bild einer Brücke, die mit Erdgas von der fossilen Vergangenheit in die erneuerbare Zukunft führen soll, lehnt Kemfert ab.

O-Ton Claudia Kemfert:

Das Narrativ der Brückentechnologie ist hochproblematisch, weil in der Tat fossiles Erdgas keine Brücke ist. Das kennen wir aus der Vergangenheit. Da war mal Atomenergie eine Brücke, dann später war die Kohle eine Brücke. Immer ist es eine Brücke ins Nichts und am Ende wird alles teurer und ineffizienter. Fakt ist, dass die Bundesregierung im Moment selber alle Anreize dafür schafft, dass man fossiles Erdgas einsetzt, umfassende neue Subventionen gewährt hat für den Bau von neuen Gaskraftwerken, die sich sonst nicht lohnen würden. Der Umstieg hin zu erneuerbaren Energien könnte sehr viel schneller gehen, wenn wir eben dieses Brückentechnologie-Theater nicht hätten.

Sprecher:

Tatsächlich ist auch ohne Nord Stream 2 in Europa selbst mit steigendem Verbrauch kein Engpass bei der Erdgasversorgung in Sicht. Ein ganzes Dutzend Pipelines verbindet die Erdgasfelder in Russland, Aserbaidschan, Norwegen, Algerien und Libyen mit der EU. Dazu kommen 20 Häfen, die über ein Terminal für den Import von flüssigem Erdgas, sogenanntem LNG, verfügen. Das wird auf Tankschiffen aus Katar, den USA, Nigeria oder Trinidad und Tobago angeliefert und deckt bereits ein Achtel des europäischen Erdgasbedarfs. Die Importterminals sind dafür bisher nur gering ausgelastet. Würden sie vollständig genutzt, könnte sich die EU schon heute zur Hälfte mit LNG versorgen, das auf dem Weltmarkt in großen Mengen frei gehandelt wird. Für neue Importterminals, die in den deutschen Nordseehäfen Stade und Brunsbüttel geplant sind, besteht gar kein Bedarf. Und auch Nord Stream 2, die neue Pipeline auf dem Boden der Ostsee, wird für eine ausreichende Erdgasversorgung der EU nicht gebraucht. Kirsten Westphal sieht trotzdem einen Vorteil in der neuen Doppelröhre, die bei voller Auslastung 55 Milliarden Kubikmeter sibirisches Erdgas im Jahr von Ost-Luga bei St. Petersburg ins mecklenburgische Lubmin transportieren kann – mehr als die Hälfte des deutschen Jahresbedarfs.

O-Ton Kirsten Westphal:

Sie bringt mehr Flexibilität auch nochmal und sogenannte Liquidität, also einfach, dass mehr Angebot im Markt verfügbar ist. Und da ist die Hoffnung in der Tat, und die ist gut begründet, dass das auch die Preise drückt.

Sprecher:

Ein größeres Erdgasangebot und sinkende Preise – für Claudia Kemfert ist genau das aber ein zentrales Argument gegen die neue Nord Stream-Pipeline. Sie befürchtet, dass Deutschland damit in eine Falle gerät.

O-Ton Claudia Kemfert:

Weil wir uns über sehr lange Zeiträume auf eine fossile Infrastruktur festlegen, die auch ausgelastet werden muss und auch an dem Bedarf orientieren müssen, und wir die wertvollen Investitionen eigentlich bräuchten für die erneuerbaren Energien. Insofern würde ich sagen: Ja, schadet die Pipeline, der neue Strang der Pipeline, den Energiewende- und auch den Klimazielen.

Sprecher:

Die Frage wird bald auch vor Gericht verhandelt. Denn die Deutsche Umwelthilfe klagt gegen die Fertigstellung und die noch für dieses Jahr geplante Inbetriebnahme der Doppelröhre. Begründung: Im Genehmigungsverfahren habe es Fehler bei der Umweltverträglichkeitsprüfung gegeben und das gesamte Vorhaben sei ein klarer Verstoß gegen die europäischen Klimaziele. Denn die Verbrennung des über Nord Stream 2 nach Europa transportierten Erdgases würde jedes Jahr bis zu 100 Millionen Tonnen CO₂ freisetzen. Sascha Müller-Kraenner ist Bundesgeschäftsführer der Umwelthilfe:

O-Ton Sascha Müller-Kraenner:

Bei Pipelines ist es wie bei Straßen, die ziehen Verkehr nach sich. Sobald sie gebaut sind, werden sie auch genutzt. Dadurch wird der Import von fossilem Gas attraktiver. Und natürlich gibt es dann ganz, ganz massive wirtschaftliche Interessen, diese Pipeline auch zu nutzen, dieses Gas zu transportieren, zu verkaufen, zu verbrennen. Wir sind der Meinung, dass es überhaupt keine fossilen Infrastrukturprojekte in dieser Größenordnung mehr geben sollte und dass alle Planungen dieser Art auf ihre Klimaauswirkung überprüft werden sollten. Die europäische Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung sieht das im Grundsatz auch schon vor. Meistens wird es aber nicht gemacht. Deswegen wollen wir das durchexerzieren.

Sprecher:

Die Klagen richten sich gegen das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, das die Bauarbeiten in der deutschen Ostsee und an der Empfangsstation in Lubmin genehmigt hat. Zuständig ist Energieminister Christian Pegel, SPD.

O-Ton Christian Pegel:

Die Genehmigungen, und zwar in allen europäischen Staaten für Bau und Betrieb, sind jeweils vollständig erteilt. Was die Deutsche Umwelthilfe anstrebt, ist eine Rücknahme dieser Dinge. Mich überzeugt das, was sie vortragen, juristisch nicht. Die Deutsche Umwelthilfe ist ja sehr spät aus dem Muspott gekommen, um ein norddeutsches Wort zu verwenden. Andere Umweltorganisationen waren ja deutlich

früher auch schon durchaus mit rechtlichen Streitigkeiten dabei, und der einstweilige Rechtsschutz gegen die Bau- und die Betriebsgenehmigungen ist im einstweiligen Rechtsstaatsverfahren sehr deutlich gescheitert.

Sprecher:

Bauherr der Pipeline ist die Nord Stream 2 AG mit Sitz im Schweizer Kanton Zug. Sie ist eine 100-prozentige Tochter des größten, mehrheitlich staatlichen Energiekonzerns in Russland, Gazprom. Die Baukosten werden auf bis zu neun Milliarden Euro geschätzt. An der Finanzierung beteiligen sich auch fünf westeuropäische Energieunternehmen, darunter zwei deutsche. Sie alle erwarten natürlich, dass ihre Investition in die genehmigte und fast fertig gebaute Pipeline möglichst bald auch zu Gewinnen aus dem Gastransport führt. Energieminister Pegel will sich dafür einsetzen.

O-Ton Christian Pegel:

Wir haben eine gemeinsame Verantwortung, Energieversorgungssicherheit in Europa sicherzustellen. Die haben wir übernommen, die setzen wir auch bis zum Ende um. Da sind wir alte Norddeutsche. Wir stehen da zu einer Position und halten die auch öffentlich aus.

Sprecher:

Der Energieminister residiert in Schwerin in einem neoklassizistischen Gebäude. Zur Staatskanzlei direkt nebenan führt ein Triumphbogen, darin gibt es einen Verbindungsgang, Spitzname: Beamtenlaufbahn. Ein paar Meter weiter ragt das von Gottfried Semper im Renaissance-Stil umgebaute Schloss über den Schweriner See, wegen der vielen romantischen Türmchen auch Neuschwanstein des Nordens genannt.

Atmo:

Stadtführung Schwerin

Rechts um die Ecke, und dann haben wir einen wunderschönen Blick, da haben wir das Schweriner Schloss. Da ist der Mecklenburger Landtag zu Hause, der schönste Landtag Deutschlands.

Sprecher:

Mecklenburg-Vorpommerns pittoreske Hauptstadt ist ein ganz spezielles Biotop, seit 1998 fest in Hand der SPD. Immer wieder hat Ministerpräsidentin Manuela Schwesig die Energiepartnerschaft mit Russland beschworen, zum Beispiel im August 2020 im Landesparlament.

O-Ton Manuela Schwesig:

Ich bin den Fraktionen von SPD, CDU und auch der Fraktion Die Linke außerordentlich dankbar, dass heute mit den vorliegenden Anträgen ein gemeinsames Signal gesetzt werden soll, dass wir als Land Mecklenburg-Vorpommern an dem Bau der Ostseepipeline Nord Stream 2 festhalten.

Sprecher:

Schwesig erwähnt nicht die AfD – auch die ist für Nord Stream 2. Die überraschende Einigkeit von ganz links bis ganz rechts hat auch mit den Sanktionen zu tun, die der

damalige US-Präsident Trump gegen die Fertigstellung der Ostseepipeline angekündigt und verhängt hatte.

O-Ton Manuela Schwesig:

Es bewegt die Bevölkerung, dass unabhängig davon, was man von der Pipeline selber hält, wie man zum Verhältnis zu Russland steht, es eine Grundsatzfrage ist, ob wir zulassen, ob vor allem Deutschland und die Bundesregierung zulässt, ob Europa und die Europäische Union und die Europäische Kommission zulässt, dass andere Staaten, in diesem Fall die USA, in ganz eigene souveräne Entscheidung hier – wie läuft die Energieversorgung der Zukunft? – sich einmischen. Und sich nicht nur einmischen – kann ja mal diskutiert werden, das halten wir aus –, sondern mit schlichten Drohungen und Erpressungsversuchen versuchen, die Frage der Energieversorgung für Deutschland, für die Europäische Union zu beeinflussen und damit auch zu verhindern. Das geht nicht. Das muss Deutschland, das muss die Europäische Union zurückweisen.

Sprecher:

Die Sanktionen hatten Ende 2019 zum vorübergehenden Abbruch der Bauarbeiten an der Pipeline geführt, weil die Schweizer Firma Allseas ihr Spezialschiff zurückgerufen hatte. Erst im April diesen Jahres konnte das russische Verlegeschiff Akademik Tscherski die Arbeiten wieder aufnehmen. Um Sanktionen gegen deutsche Auftragsfirmen und Lieferanten von Baumaterial zu umgehen, hatte der Schweriner Landtag zuvor die Gründung einer Stiftung mit dem Namen „Klima- und Umweltschutz MV“ beschlossen. Erklärter Nebenzweck laut Satzung: ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, der die Vollendung der Pipeline unterstützen soll. Der Geschäftsführer wird laut Satzung ebenso von der Nordstream 2 AG vorgeschlagen wie zwei Mitglieder des Stiftungskuratoriums. Die Stiftung dient also dazu, die Baufirmen aus der Öffentlichkeit rauszuhalten. Wie genau sie zum Pipelinebau beiträgt, soll ihr Geheimnis bleiben. Es gibt zwar eine Pressesprecherin, Interviewanfragen lehnt sie jedoch ab. Schriftlich teilt sie lediglich mit:

Zitatorin:

Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb soll die kleinen und mittelständischen Firmen vor allem aus Mecklenburg-Vorpommern unterstützen, die trotz der rechtswidrigen Bedrohungen durch die USA weiter an der mit allen Genehmigungen versehenen Pipeline bauen wollen. Da liegt es in der Natur der Sache, keinerlei öffentliche Äußerung dazu abzugeben, wie dieser Geschäftsbetrieb organisiert ist, wie wir diese Hilfestellung leisten wollen.

Sprecher:

Hinweise ergeben sich bei einem Rundgang durch Schwerin. Unter der offiziellen Stiftungsadresse gegenüber des Hauptbahnhofs finden sich nur leere Büroräume und ein ungeleerter Briefkasten. Mehr Leben gibt es dagegen im historischen Sparkassen-Gebäude in der Altstadt. Auch hier steht der Stiftungsname auf einem Klingelschild und Briefkasten – und zwar zusammen mit dem Verein Deutsch-Russische Partnerschaft. Dieser Verein hat den gleichen Vorsitzenden wie die Klimastiftung: Erwin Sellering, Manuela Schwesigs Vorgänger als Ministerpräsident. Gegenüber dem NDR hatte er sich im Mai zu seiner Doppelrolle geäußert.

O-Ton Erwin Sellering:

Ich möchte gerne ein gutes partnerschaftliches Verhältnis zu Russland. Die Bundesregierung steht hinter der Pipeline, die Landesregierung steht hinter der Pipeline. Und Sie haben natürlich recht, es ist für den Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland ja nicht sehr schön, dass da eine Stiftung helfen muss, aber wir sind bereit dafür. Wir sind eine völlig unabhängige Klima-Stiftung. Wir haben Zustiftungen von Nordstream, bisher zehn Millionen und weitere 50 Millionen werden kommen. Und da mischt sich keiner rein, was wir damit machen.

Sprecher:

Die Stiftung – ein großer Schirm, in dessen Schatten Zulieferfirmen ohne Angst vor Sanktionen ihre Aufträge erfüllen können. Mit der Frage, ob das wirklich so funktionieren darf, werden sich ebenfalls Gerichte beschäftigen müssen. Die Deutsche Umwelthilfe hat nämlich nicht nur gegen die Genehmigung des Pipelinebaus geklagt, sondern auch gegen die Genehmigung der Stiftung. Umwelthilfe-Geschäftsführer Sascha Müller-Kraenner:

O-Ton Sascha Müller-Kraenner:

Jetzt ist es ja so, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern eine Klimastiftung eingerichtet hat, die zu 99 Prozent aus Mitteln der Nord Stream 2 AG, also eines russischen Staatsunternehmens, finanziert wird. Wirklicher Zweck der Stiftung ist, den Weiterbau der Pipeline zu fördern, indem z.B. Betriebsmaterialien gelagert werden, indem Sanktionen umgangen werden. Und das ist jetzt einfach nicht Sinn und Zweck des deutschen Stiftungsrechtes. Bei Stiftungen muss es um das Gemeinwohl gehen, und die wirtschaftlichen Interessen eines ausländischen Energiekonzerns gehören nicht zum Gemeinwohl.

Sprecher:

Dass die Nord Stream 2-Pipeline notfalls auch gegen den Widerstand der USA zu Ende gebaut wird, befürworteten allerdings drei Viertel aller im Mai von Forsa repräsentativ befragten Deutschen. Auch unter den Anhängern aller Bundestagsparteien sprach sich eine sehr große Mehrheit für die Fertigstellung aus, selbst unter Grünen-Wählern waren es noch 69 Prozent. Trotzdem hat sich die Partei sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene als einzige gegen die Ostseepipeline positioniert.

O-Ton Claudia Müller:

Das ist natürlich, das muss man sehr deutlich sagen, in Mecklenburg-Vorpommern kein Gewinnerthema.

Sprecher:

Sagt Claudia Müller. Die grüne Bundestagsabgeordnete aus der Nähe von Stralsund war Vorsitzende ihres Landesverbands, als die Partei bei der Landtagswahl 2016 an der Fünfprozenthürde scheiterte. Sie weiß um die traditionelle Verbundenheit der ostdeutschen Bevölkerung mit Russland. Und um deren Ablehnung US-amerikanischer Einmischung in die deutsche Energiepolitik.

O-Ton Claudia Müller:

Diese Sanktionsdrohungen haben uns hier in Bezug auf die Diskussion um Nord Stream 2 wirklich geschadet, weil man sich damit immer in den Verdacht setzte, die amerikanischen Interessen hier zu vertreten. Wir haben uns immer klar gegen diese

Sanktionsandrohungen ausgesprochen, weil es ist eine europäische Frage, sie muss europäisch gelöst werden, und da sollte die USA sich eigentlich nicht einmischen. Aber zum anderen ist es ganz klar eine Unterstützung des Putin-Regimes, die damit ihren Staatshaushalt finanzieren. Und damit ist es auch keine Unterstützung für die Bevölkerung in Russland, sondern eine Stützung des jetzt autokratischen Regimes.

Sprecher:

Doch für diese Position der Grünen gebe es in Mecklenburg-Vorpommern ebenso wenig Verständnis wie für die entschiedene Ablehnung der neuen Gaspipeline durch die anderen osteuropäischen Staaten – Polen, das Baltikum oder das bisherige Haupttransitland für russisches Gas, die Ukraine. Sie fürchten, dass ihre Verhandlungsposition geschwächt ist, sobald Russland die Möglichkeit hat, Erdgas an ihnen vorbei nach Westeuropa zu leiten. Gegenüber US-Präsident Biden hat Kanzlerin Merkel im Juli versucht, diese Sorgen zu entkräften. Der Deal: Die USA heben die Sanktionen gegen die Ostseepipeline auf. Im Gegenzug unterstützt Deutschland die Ukraine beim Aufbau einer erneuerbaren Energieversorgung und droht Russland nicht näher definierte Maßnahmen an, falls Moskau den Gas-Transitvertrag mit der Ukraine nicht über das Jahr 2024 hinaus verlängern sollte. Doch die osteuropäischen Staaten bleiben skeptisch, schließlich hat Russland in den vergangenen 30 Jahren schon mehrmals einige von ihnen unter Druck gesetzt, indem es die Gaslieferungen drosselte.

O-Ton Claudia Müller:

Mit Blick auf unsere östlichen Partner kann man das sehr deutlich sehen, wie sehr Gas und die Abhängigkeit von den russischen Importen da immer wieder genutzt wurde, um auf politische Situationen Einfluss zu nehmen. Wie sehr auch ein Gaspreis als Waffe genutzt werden kann.

Sprecher:

Erdgas als Russlands Waffe? Gerhard Schröder widerspricht entschieden. Schon als Bundeskanzler hatte er sich für den Bau der ersten Nordstream-Pipeline auf dem Boden der Ostsee eingesetzt und noch zwei Wochen vor der Bundestagswahl 2005 sogar persönlich zusammen mit Russlands Präsident Wladimir Putin an der feierlichen Vertragsunterzeichnung teilgenommen. Schon zwei Monate nach seiner Abwahl übernahm er dann den Aufsichtsratsvorsitz der Nord Stream AG. Zusätzlich ist er seit 2017 auch noch Aufsichtsratsvorsitzender des größten russischen Energiekonzerns Rosneft. Russlands Gasexporte nach Westeuropa erklärt er stets als Kooperation zum beiderseitigen Nutzen, zum Beispiel im Juli 2020 bei einer Anhörung des Bundestags.

O-Ton Gerhard Schröder:

Die Energiesicherheit Europas wird nicht gefährdet. Es gibt eine gegenseitige Abhängigkeit, wie wir alle wissen, etwa zwischen Russland, dessen Staatsbudget ja doch sehr abhängig ist von Öl- und Gaslieferungen, und uns. Angesichts der Tatsache, dass wir sowohl aus der Kernenergie als auch aus der Kohle aussteigen, brauchen wir eine sichere Erdgasversorgung. Investitionen von 12 Milliarden Euro würden abgeschlossen werden müssen, wenn das Projekt nicht fertiggestellt werden kann und bis zu vier Milliarden Euro im Jahr an Mehrkosten für Gas würden aufzubringen sein durch deutsche und europäische Verbraucher. Also hier ist schon etwas an Interesse deutlich, das weit über die üblichen Dimensionen hinausgeht.

Sprecher:

Über die üblichen Dimensionen hinaus geht seit einigen Jahren allerdings auch der Auftritt Russlands in ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion – von der Militärhilfe für Separatisten im Osten der Ukraine über die Besetzung der Krim bis hin zur Unterstützung des belarussischen Diktators Lukaschenko. Die Politologin Kirsten Westphal warnt trotzdem davor, ausgerechnet den Energiehandel für Sanktionen gegen Russland zu nutzen.

O-Ton Kirsten Westphal:

Man kann geopolitisch argumentieren, dass man sicher auch gegenüber dem Präsidenten Putin und seiner Politik ein Signal setzen muss. Man kann aber auch argumentieren, und da gibt's sicher auch gute Argumente dafür, dass man jetzt Putins Aggression, Putins Provokationen auf den Feldern beantworten sollte, auf denen er sie auch spielt und nicht unbedingt nochmal ausdehnen in den Bereich Energie. Wenn wir die Großwetterlage, die globale, anschauen und von einer strategischen Systemrivalität zwischen USA und den Demokratien und Marktwirtschaften ausgehen mit China und anderen autoritären Staaten, dann ist es unter Umständen vielleicht auch wichtig, Russland nicht in den chinesischen Orbit abwandern zu lassen. Letztendlich ist es wirklich eine sehr schwierige politische Güterabwägung.

Sprecher:

Auch klimapolitisch könnte sich die Abkehr von russischem Pipeline-Erdgas negativ bemerkbar machen. Würde stattdessen Flüssigerdgas importiert, drohen bei gleichem Verbrauch höhere Treibhausgasemissionen. Nicht nur gibt es Verluste beim Transport. Das Flüssiggas wird in den USA auch durch Fracking gewonnen. Bei diesem Verfahren entweicht unweigerlich auch ein Teil des Gases in die Atmosphäre – und Erdgas besteht überwiegend aus dem sehr starken Treibhausgas Methan. Wie hoch diese Methanemissionen bei Erdgasförderung und beim Transport genau sind, ist umstritten – denn zuverlässige Messungen aus unabhängiger Quelle fehlen, kritisiert die Energieexpertin Claudia Kemfert.

O-Ton Claudia Kemfert:

Wir brauchen transparente Zahlen was die Methanemissionen angeht. Das wird seit Jahrzehnten gefordert, da auch wirklich Monitoring-Systeme zu haben.

Sprecher:

Ähnlich umstritten ist ein weiterer Aspekt, der in den Debatten um die Nord Stream 2 Pipeline immer wieder ins Spiel gebracht wird. Statt Erdgas könnte die 1200 Kilometer lange Doppelröhre in Zukunft nämlich auch Wasserstoff oder eine Mischung der beiden Gase transportieren. Im weiteren Verlauf der Energiewende soll Wasserstoff vor allem in der Metall- und Chemieindustrie und im Flugverkehr das bisher verwendete Erdöl und Erdgas ersetzen. Unter dem Titel „Wasserstoff als Klimaretter“ hatten wir kürzlich in SWR2 Wissen auch eine Folge dazu. In erster Linie geht es um den sogenannten grünen Wasserstoff. Doch um den zu erzeugen, sind sehr große Mengen an erneuerbarem Strom notwendig. Kirsten Westphal hält deshalb für eine Übergangszeit auch den Einsatz von sogenanntem blauem Wasserstoff für sinnvoll. Der wird direkt aus Erdgas gewonnen. Der im Erdgas enthaltene Kohlenstoff wird bei der Förderung abgetrennt und in den Untergrund

zurück verpresst, der Wasserstoff bleibt übrig. Norwegische Pilotprojekte haben gezeigt, dass das zu vertretbaren Kosten möglich ist. Auch blauer Wasserstoff ist – von Effizienzverlusten abgesehen – weitgehend klimaneutral.

O-Ton Kirsten Westphal:

Klar wollen wir am Ende klimaneutral sein, aber wir müssen es auch schnell sein. Und da ist es ein bisschen der Punkt, dass wir wirklich auch technologieoffen schauen, wie wir CO₂-Einsparungen erreichen können. Und letztendlich kann ja auch blauer Wasserstoff ein Weg sein, um eben schnell auch Emissionen einzusparen. Eigentlich müssen wir alles und ganz möglich schnell machen und das auch ein bisschen den Unternehmen, den Ingenieuren überlassen, welches dann die die Technologie ist, die am Ende gewinnt.

Sprecher:

Derzeit werden die letzten Rohre der neuen Ostseepipeline in dänischen Gewässern zusammengeschweißt. Danach folgen zahlreiche Druck- und Funktionstests. Ob sie noch in diesem Jahr abgeschlossen werden können, ist unklar, die Nord Stream 2 AG äußert sich dazu nicht. Die meisten Fachleute wie Claudia Kemfert gehen aber davon aus, dass die Doppelröhre schon in wenigen Monaten verfügbar sein wird.

O-Ton Claudia Kemfert:

Die Pipeline wird aller Voraussicht nach in Betrieb gehen. Es sind alle Anzeichen dafür, dass dies passiert. Aber ob da Erdgas jemals durch transportiert wird, wage ich zu bezweifeln. Wenn die Bundesregierung – und das muss sie ja tun, egal welche – die Klimaziele ernst nimmt, werden wir immer weniger fossiles Erdgas benötigen. Und ich kann mir dann durchaus vorstellen, dass beteiligte Unternehmen da nicht sehr glücklich drüber sein werden und sich dann auch entsprechende Entschädigungen zumindest in irgendeiner Form einklagen.

Sprecher:

Ob sie damit Erfolg haben könnten, ist unter Fachleuten umstritten. Die ausgesprochen klagefreudige Deutsche Umwelthilfe ist eher skeptisch, sagt ihr Geschäftsführer Sascha Müller-Kraenner.

O-Ton Sascha Müller-Kraenner:

An wen sollten denn Entschädigungen gezahlt werden? Finanziert wurde die Pipeline ja erstens durch das Unternehmen Gazprom über die Nord Stream 2 AG und zweitens durch fünf westeuropäische Unternehmen, die der Gazprom Geld gegeben haben. Die haben nur Ansprüche gegenüber der Nord Stream 2 AG oder deren Mutter Gazprom. Und ob der russische Staat und ein russisches Unternehmen jetzt gegen den deutschen Staat, der hier auf Grundlage seines deutschen und europäischen Genehmigungsrechtes hier die Klimaschutzaspekte berücksichtigt – das wäre ja unser Argument – Entschädigungen verlangen kann, da hätte ich so meine Zweifel. Und da wird man sich dann wahrscheinlich auch vor Gericht treffen.

Sprecher:

Für Europas Energieversorgung wird Nord Stream 2 nicht gebraucht. Doch wie sinnvoll Maßnahmen gegen die Inbetriebnahme der Pipeline sind, hängt von strategischen Einschätzungen ab – in Bezug auf das Verhalten Russlands, sowohl im Fall des Baus, als auch im Fall des Nicht-Baus. Aber auch hinsichtlich der Zukunft

der Wasserstofftechnologie. All diese Fragen sind mit Unsicherheiten behaftet – ebenso wie eine juristische Frage. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat Ende August entschieden, dass die Nord Stream 2 AG gegen die sogenannte EU-Gasbinnenmarkttrichtlinie verstößt. Sie verlangt die klare wirtschaftliche Trennung zwischen Gaslieferant und Betreiber einer Pipeline. Das ist bisher nicht so. Die mehrheitlich staatliche Gazprom, Russlands größtes Unternehmen, vereinigt beide Funktionen auf sich. Die Nord Stream 2 AG beruft sich dagegen auf eine Klausel, nach der die EU-Regulierung nicht für Pipelines gilt, die vor dem 23. Mai 2019 fertiggestellt waren. Bis zu diesem Zeitpunkt, so Nord Stream, seien bereits viele Milliarden Euro in die Bauarbeiten geflossen, das Projekt genieße deshalb nach internationalem Recht Vertrauensschutz. Wer Recht hat, entscheidet in nächster Instanz der Bundesgerichtshof. Die Grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock hat sich bereits festgelegt.

O-Ton Annalena Baerbock:

Meine Haltung ist, dass wir nicht von europäischer Souveränität reden und dann aber in den entscheidenden Momenten uns wegducken. Was würde ich machen? Diese Pipeline nicht zu Ende bauen. Diese Genehmigung darf es nicht geben, darf es nach europäischem Recht nicht geben. Das heißt, wir können es dort stoppen. Diese Pipeline hat keine Zukunft, und sie ist gegen Europa gerichtet.

Sprecher:

Gerichte lassen sich ihre Entscheidungen allerdings nicht von Politikern, auch nicht von Spitzenpolitikerinnen vorschreiben. Und selbst wenn auch der Bundesgerichtshof gegen Nord Stream 2 urteilen sollte, bleibt Gazprom noch der Weg zum Europäischen Gerichtshof. Der Rechtsstreit könnte noch viele Jahre dauern. Dass Nord Stream 2 so lange brach liegt, ist allerdings unwahrscheinlich. Denn Gazprom hat noch einen Trumpf im Ärmel. Die beiden größten westeuropäischen Gasspeicher im niedersächsischen Rheden und im österreichischen Haidach sind derzeit nämlich so leer wie sonst nie am Ende des Sommers. Über den Grund herrscht unter Experten Uneinigkeit, sollte aber der Winter kalt und das Gas tatsächlich irgendwann knapp und sehr teuer werden, dann wäre der Druck auf die Bundesregierung groß, einer Öffnung der Ostseepipeline kurzfristig zuzustimmen – egal welche Parteien die nächste Regierung stellen.
